



22. Oktober 2018

## Presseerklärung:

### **Bundestagsbeschluss über den Schutz der Religionsfreiheit zügig umsetzen**

**Der Bundestag hat in seiner Sitzung am 19. Oktober mit großer Mehrheit den Antrag „Menschenrecht auf Religionsfreiheit weltweit stärken“ beschlossen.**

Zum Verlauf der Debatte erklärt Siegward Dittmann, Präsident der Freireligiösen Landesgemeinde Pfalz: „Wer aus dem Menschenrecht auf Religionsfreiheit einen alleinigen Anspruch auf die Sonderstellung einer einzigen Weltreligion ableitet und die Sanktionierung von Staaten fordert, in denen Mitglieder dieser Religion diskriminiert werden, gefährdet Frieden, Freiheit und Demokratie und somit das Fundament für eine offene und demokratische Zivilgesellschaft.

Verfolgung und Repressionen betreffen neben Mitgliedern unzähliger religiöser Gemeinschaften auf der Welt, gerade auch jene Menschen, die nicht glauben. Die Internationale Humanistische und Ethische Union (IHEU), die Weltorganisation der Humanisten, Atheisten, denen die freireligiöse Landesgemeinde über den Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V. angehört, weist seit 2012 in ihrem *Freedom of Thought Report* (FOTR, [www.lheu.org](http://www.lheu.org)) auf die zunehmende Verfolgung von Humanisten und religionslosen Menschen in zahlreichen Ländern, ebenso wie auf die Verfolgungen religiöser Minderheiten hin. Gerade jetzt wurde ein Vorstandsmitglied der IHEU in Pakistan verhaftet, wegen angeblicher Blasphemie. Auch Menschen mit freireligiöser Weltanschauung gehören zum wachsenden Kreis der sogenannten Konfessionslosen (als Heiden verunglimpft) und unsere Freie Religion hat in der deutschen Geschichte Verbot und Diskriminierung der Mitglieder der Gemeinschaft durch den Nationalsozialismus bitter erfahren,“ so Siegward Dittmann weiter.

„Wir halten es für wichtiger, dass unser Land mit gutem Beispiel vorangeht, den Blasphemieparagrafen § 166 abschafft und die Trennung von Staat und Kirche vorantreibt. Der Schutz der Religionsfreiheit darf nicht dazu missbraucht werden, Menschenrechte zu relativieren und durch die Herabsetzung einer bestimmten Glaubensrichtung Hass und Vorurteile gegen Minderheiten in unserem Land zu schüren. Die Bundesregierung soll die am Freitag verabschiedeten Forderungen des Bundestages auf Anerkennung des individuellen Rechtes auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit, den Glauben zu wechseln oder keiner Religion anzugehören, zügig umzusetzen,“ fordert Dittmann abschließend.